

Paul Craig Roberts, einer der sieben führenden Journalisten der USA, äußert sich zu den Chancen und Risiken der US-Politik nach dem doppelten Wahlsieg der Demokraten!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 124/06 – 13.11.06**

Werden die Demokraten ein Teil des Problems sein?

Von Paul Craig Roberts

INFORMATION CLEARING HOUSE, 09.11.06

(<http://informationclearinghouse.info/article15548.htm>)

Es hat nur sechs Jahre gedauert, bis die Amerikaner begriffen haben, dass George Bush und die Republikanische Partei Amerika nicht in eine erfolgsversprechende Richtung führen würden.

Befragungen und Interviews, die von dem CNN-Politik-Analysten Bill Schneider nach dem Wahlgang mit Wählern im ganzen Land durchgeführt wurden, zeigen, dass die Wahlen vom November 2006 vor allem ein Votum gegen Bush und den Krieg im Irak waren. Schneider berichtete, dass die Wähler häufig noch nicht einmal den Namen des Kandidaten der Demokraten kannten, für den sie stimmten. Sie sagten: "Ich habe die Demokraten gewählt, weil ich Bush und den Krieg nicht mehr will. Ich möchte ein Exempel statuieren."

Nach meiner Meinung haben die Wähler erkannt, dass die Gefahren einer Ein-Parteien-Herrschaft nur noch über die Wahlkabine verringert werden können. Weil Republikaner die Wahlmaschinen nicht nur gebaut sondern auch programmiert haben, stand sogar diese Einflussmöglichkeit auf dem Spiel. Die Amerikaner hatten begriffen, dass es ein Fehler war, die ganze Macht nur einer Partei zu geben, und sie korrigierten ihn.

Als die Kontrolle der Republikaner über die Legislative endete, wurde dem Pentagon-Chef Donald Rumsfeld sofort die Macht entzogen. Die Truppen, ihre Generäle und die Zeitungen des Militärs forderten Rumsfelds Kopf, nur der verbohrtete Kriegshetzer, Vizepräsident Richard Cheney, wollte Rumsfeld an der Macht halten.

Diese Schlacht hat Cheney verloren. Cheneys Niederlage ist ein Anzeichen dafür, dass die Realität in das Denken der Republikaner zurückkehrt und der Überheblichkeit und Selbsttäuschung die Kontrolle über die politische Macht entzieht.

Die Gier nach grenzenloser Macht war eine zu große Versuchung für die normalerweise vorsichtigen Republikaner. Die Republikaner schwenkten die Fahne und verleumdete jeden zivilen Liberalen als "Terror-Sympathisanten", wenn er die Verfassung der Vereinigten Staaten, die Gewaltenteilung, die "Bill of Rights" (Grundrechte in den USA), die Genfer Konventionen und das Verbot der Folter verteidigte oder die Reputation Amerikas vor einem US-Justizministerium mit Nazi-Charakter und einem Präsidenten, der sich – mit Billigung der Republikaner – über das Gesetz stellte, zu schützen versuchte. In Verletzung seines Amtseides nutzte Bush Einsprüche, um vom Kongress verabschiedete Gesetze zu umgehen, nicht mit einem (offiziellen) Veto, sondern nur, um seine persönliche Meinung durchzusetzen. Bush stellte sich außerhalb der Gesetze, die Amerika bisher vor der Tyrannei bewahrt hatten, und machte sich lustig über die Gewaltenteilung, die Grundlage der amerikanischen Freiheit ist.

Die Amerikaner haben das vielleicht nicht so klar erkannt wie die Gründungsväter, aber viele Menschen haben – wenn auch verschwommen – das Problem gesehen und es zu korrigieren versucht. **Die Frage ist jetzt: Was werden die Demokraten daraus machen?**

Die Demokraten haben kaum Unterstützung für ihre Forderungen nach Kontrolle des (privaten) Waffenbesitzes, (Legalisierung) der Homosexuellen-Ehe und höheren Steuern – besonders in einer Zeit, in der die Verschuldung des Durchschnittsamerikaners höher als jemals zuvor ist, und Jobs in einer Geschwindigkeit ins Ausland verlagert werden, die alle wirtschaftlichen Perspektiven des amerikanischen Volkes zerstört.

Nach jahrelangen illegalen Kriegen und der raschen Beseitigung aller bürgerlichen Freiheiten, die in 800 Jahren erkämpft wurden, sind die Vereinigten Staaten an einer Wasserscheide angelangt. Wenn die neuen Vorschriften, welche die Ausspionierung der Amerikaner ohne richterliche Anordnung erlauben, Folter und Selbstbezeichnung legalisieren, den "Habeas Corpus Act" (Haft nur auf richterliche Anordnung) außer Kraft setzen und das Recht auf einen Anwalt abschaffen, nicht wieder aufgehoben werden, bleiben die Vereinigten Staaten ein Polizeistaat, unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist.

Wenn die Demokraten wirklich etwas ändern wollen, müssen sie zuerst den im Geiste Orwells erlassenen "Patriot Act" (Einschränkung der US-Bürgerrechte nach den Anschlägen des 11.09.01), die Ermächtigung zur Folter, die Verschleppung ohne Gerichtsbeschluss und das Ausspionieren und Verletzen der Privatsphäre ohne richterliche Anordnung wieder abschaffen. Der Tyrann im Weißen Haus muss ganz schnell erfahren, dass er, falls er noch ein einziges "Signing Statement" (vom Präsidenten verfügte Ausnahmeregelung) verfasst, sofort mit Amtsenthebung, Anklage und Auslieferung an das (UN-)Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu rechnen hat.

Die Vorstellung, die Amerikaner könnten durch Abschaffung der Bürgerrechte vor "Terror" geschützt werden, ist absurd. Demokraten teilen diese absurde Vorstellung. Viele haben die Polizeistaats-Gesetze mit beschlossen, weil ihnen das Rückgrat fehlte, diese Gesetze bei ihrem richtigen Namen zu nennen. Diese (fatalen) Gesetze, die unter dem Bush-Regime verabschiedet wurden, sind für die Amerikaner viel gefährlicher als islamische Terroristen.

In Wirklichkeit ist die Hauptursache für den islamischen Terrorismus das Eingreifen der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten islamischer Staaten und ihre einseitige Parteinahme zugunsten Israels im israelisch-palästinensischen Konflikt. Als Jimmy Carter noch Präsident war, wurden die USA wegen seiner Absicht, beiden Seiten gerecht zu werden, in der islamischen Welt geachtet. Der 11.9. war, wenn die Anschläge überhaupt von islamischen Terroristen begangen wurden, die direkte Konsequenz aus der einseitigen Einmischung im Mittleren Osten.

Wenn, aber wirklich nur, wenn die Demokraten die Polizeistaats-Vorschriften der Bush-Administration aus den Gesetzbüchern entfernt und damit der Verfassung wieder Geltung verschafft haben, sollten sie auch zwei weitere wichtige Probleme angehen.

Die Demokraten müssen eine Kommission aus unabhängigen Experten zur Untersuchung des 11.09. einsetzen. Der offizielle Untersuchungsbericht zum 11.09 enthält zu viele problematische Aussagen und Mängel, um glaubhaft zu sein. Neuere Meinungsumfragen zeigen, dass 36 Prozent der Amerikaner den Report nicht für wahr halten. Ein derart unglaubwürdiger Bericht kann nicht akzeptiert werden. Der 11.09 diente dem neokonservativen Bush-Regime als Begründung für zwei illegale An-

griffskriege im Mittleren Osten. Der offizielle Untersuchungsbericht zum 11. 09. ist nur eine propagandistische Rechtfertigung für den "Krieg gegen den Terror", der in Wahrheit ein Krieg gegen die Freiheit der Amerikaner ist. So lange sich Politiker mit Polizeistaatsmentalität hinter diesem Report verstecken können, sind die Bürgerrechte gefährdet.

Der andere Problembereich ist die offensichtliche Korruption in der Vergabe-Praxis des Bush-Regimes. Unzählige Kontrakte sind zugunsten republikanischer Nutznießer wie Vizepräsident Cheney geschlossen worden, und die Steuerzahler wurden wie zu Zeiten der Grant-Administration betrogen. (Auch unter Ulysses S. Grant, dem 18. Präsidenten der USA, kam es zu einer Häufung von Korruptionsskandalen.) Es sind Anklagen zu erheben, die zu langen Haftstrafen führen werden.

Dann bleiben noch die Kriege im Irak und in Afghanistan. Beide sind verloren. Beide Überfälle waren illegal. Die dafür Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die amerikanischen Ankläger der Nazi-Kriegsverbrecher in Nürnberg wie Robert Jackson betonten, das deutsche Kriegsverbrechen sei nicht erst durch die Niederlage sondern schon bei Kriegsbeginn sichtbar gewesen. Nach dem Urteil von Nürnberg ist das Auslösen eines Angriffskrieges das (größte) Kriegsverbrechen, das mit dem Tode bestraft werden muss.

Da die (beiden) Kriege Verbrechen sind, müssen sie beendet werden. Da sie ein stabiles, weltliches Regime im Irak beseitigt haben, müssen die USA und ihre feigen Verbündeten hinnehmen, dass der Irak in drei getrennte Staaten zerbricht. Im Norden werden sich die Kurden mit den türkischen Kurden vereinigen, und die Türkei wird mit dieser Situation ohne US-Einmischung fertig werden müssen. Im Süden werden die Schiiten ein islamisches Regime ähnlich wie im Iran errichten, und sich mit dem Iran verbünden. Die Sunniten werden ohne Öl in der Mitte übrig bleiben.

Die USA und Großbritannien haben im Mittleren Osten ausgespielt. Wie der König von Jordanien vorausgesagt hat, wird sich der schiitische Halbmond vom Iran, über den Irak bis in den Libanon erstrecken und die stärkste Macht im Mittleren Osten sein. Die irakischen Sunniten werden sich mit dieser schiitischen Macht arrangieren müssen oder untergehen. Die amerikanischen Marionettenstaaten – Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und die Öl-Emirate – werden bald unter Instabilität zu leiden haben, weil sie sich mit dem nach Vorherrschaft strebenden Westen gegen ihre eigenen Völker verbündet haben. Es hängt allein von ihnen ab, wie sie sich verändern. Die Vereinigten Staaten haben weder die Möglichkeiten noch das Geld oder die Glaubwürdigkeit, um eingreifen zu können.

Die Israelis haben sich mit ihrer Völkermord-Politik gegenüber den Palästinensern selbst isoliert. Kluge Israelis schicken ihre Kinder schon außer Landes. Israelische Friedensgruppen protestieren gegen die hartnäckige Unnachgiebigkeit der israelischen Regierung und die Missachtung des Gemeinwohls. Man wird sehen, ob die Israelis es noch lernen, auch auf andere Rücksicht zu nehmen. Israel kann sich noch retten, wenn seine politischen Führer aufhören, Palästinenser von ihrem eigenen Land zu vertreiben, ihre Häuser und Obstgärten zu zerstören, ihre Kinder zu ermorden und so immer mehr Palästinenser zu Flüchtlingen zu machen. Es wäre für die ökonomisch talentierten Israelis ein Leichtes, auch den Palästinensern zu Wohlstand zu verhelfen und damit den Konflikt zu beenden. **Werden die Israelis zu einem menschlichen Miteinander fähig sein, das nötig ist, um ihnen einen Platz im Mittleren Osten zu sichern, oder bauen sie auch weiterhin auf Maos These, dass "Macht nur aus den Gewehrläufen kommt"?**

Die Herrschaft der Republikaner im 21. Jahrhundert hat Amerikas Bürgerrechte, Amerikas

Ansehen und seine Fähigkeit zur Führung zerstört. Werden die Demokraten Amerikas Freiheiten und seinen Führungsanspruch wieder herstellen oder wird Machtgier sie auch korrumpieren und dazu verleiten, die polizeistaatlichen Machtstrukturen Bushs beizubehalten?

Wenn 2008 die Polizeistaats-Gesetze Bushs immer noch gelten, haben die Demokraten versagt.

(Unsere Leser kennen Paul Craig Roberts bereits aus den LUFTPOST-Extrablättern September und Oktober 2006. Wir haben seinen Artikel komplett übersetzt und mit einigen Anmerkungen und Hervorhebungen im Text versehen. Für unsere Englisch sprechenden Leser drucken wir auch den Originaltext ab.)

Will the Democrats Become Part of the Problem?

By Paul Craig Roberts

11/09/06 "Information Clearing House " -- -- It only took six years for Americans to comprehend George Bush and the Republican Party and to realize that the Republicans were not leading America in any promising directions.

Exit polls and interviews with voters across the country by CNN political analyst Bill Schneider show that the November 2006 election was a vote against both Bush and the war in Iraq. Schneider reports that voters did not even know the name of the Democrats for whom they voted. Voters said: "I am going to vote Democrat, because I don't like Bush, I don't like the war. I want to make a statement."

I believe that voters recognized that the peril of one-party rule is that political accountability exists no where except at the ballot box. With the Republican built and programmed electronic voting machines, even accountability at the ballot box was disappearing. Americans realized that they had made a serious mistake giving power to one party, and they rectified it.

With Republican control of the legislative branch ended, Pentagon Secretary Donald Rumsfeld was immediately swept from power. With the troops, generals, and the service newspapers calling for Rumsfeld's head, only the delusional warmonger, Vice President Richard Cheney, wanted to keep Rumsfeld in power.

It was a battle that Cheney lost. Cheney's defeat is an indication that reality has elbowed its way back into Republican consciousness, pushing hubris and delusion away from the control they have exercised over political power.

The lust for unbridled power proved to be too strong a temptation for normally cautious Republicans. The Republicans waved the flag and shouted "terrorist sympathizer" at every civil libertarian who attempted to defend the US Constitution, the separation of powers, the Bill of Rights, the Geneva Conventions' proscriptions against torture, and America's reputation from a nazified US Dept of Justice (sic) and a president who behaved--with the approval of Republicans-- as if he were above the law. In violation of his oath of office, Bush used signing statements to negate laws passed by Congress, not with a veto, but with his personal opinion. Bush, thus, elevated himself above the rule of law that has protected America from becoming a tyranny and made a mockery of the separation of powers that are a foundation of American liberty. Americans may not have understood this as clearly as the Founding Fathers did, but the

people recognized, however dimly, a problem and exercised corrective action. The question now is: what will the Democrats do?

The Democrats clearly have no mandate for their pet issues of gun control, homosexual marriage, and higher taxes--especially at a time when the average American is deeper in personal debt than at any other time in history and jobs are being offshored at a rapid rate destroying the economic prospects of the American people.

After the years of illegal war and the overnight destruction of civil liberties that were 800 years in their creation, the United States stands at a watershed. If the legislation that has been put on the books permitting spying on Americans without a court warrant, legalizing torture and self-incrimination, and repealing habeas corpus and the right to an attorney remains on the books, the United States will be a police state regardless of which party is in power.

If the Democrats are to make a real difference, their first task is to repeal the Orwellian-named "Patriot Acts," the torture legislation, the detention without court evidence legislation, and the right-to-spy and invade privacy without court warrant legislation. The White House tyrant needs to be quickly told that one more "signing statement" and he will be impeached, convicted, and turned over to the War Crimes Tribunal at the Hague.

The notion that Americans can be protected from "terror" by giving up the Bill of Rights is absurd. Democrats are complicit in this absurd notion. Many were intimidated into voting for police state legislation, because they lacked the intestinal fortitude to call police state legislation by its own name. The legislation that has been passed during the Bush regime is far more dangerous to Americans than Muslim terrorists.

Indeed, the prime cause of Muslim terrorism is the US interference in the internal affairs of Muslim countries and America's one-sided stance in favor of Israel in the Israeli-Palestinian conflict. When Jimmy Carter was president, his even-handed approach made the US respected throughout the Muslim world. 9/11, if it was actually an act of Muslim terrorism, was the direct consequence of US one-sided meddling in Middle Eastern affairs.

When, and only when, the Democrats have erased the Bush administration's police state legislation from the books, thus restoring the Constitution, they should clear the air on two other issues of major importance. The Democrats must convene a commission of independent experts to investigate 9/11. The 9/11 Commission Report has too many problems and shortcomings to be believable. Recent polls show that 36 percent of the American people do not believe the report. Such a deficient report is unacceptable. 9/11 became the excuse for the neoconservative Bush regime to launch illegal wars of aggression in the Middle East. The 9/11 Commission Report is nothing but a public relations justification for the "war on terror," which in truth is a war on American liberty. As long as politicians with a police state mentality can cling to the cover of the 9/11 Commission Report, the Bill of Rights will remain endangered.

The other issue is the blatant corruption in the Bush regime's contract practices. So many contracts are tainted with their connections to Republican power brokers, including Vice President Richard Cheney, that the taxpayers are being fleeced on the level of the Grant administration. Indictments and long prison sentences are in order.

This leaves the wars in Iraq and Afghanistan. Both are lost. Both invasions were illegal. Those responsible must be held accountable. The American prosecutors of the Nazi war criminals at Nuremberg emphasized, as Robert Jackson put it, that Germany's crime was

not in losing the war but in starting it. Under the Nuremberg standard, to launch a war of aggression is a war crime. It is punishable with a death sentence.

As the wars are crimes, they must be stopped. Having overthrown a stable secular regime in Iraq, the US and its craven allies have no recourse but to accept that Iraq will break into three states: In the north the Kurds will unite with the Turkish Kurds, and Turkey will have to deal with the situation without US interference. In the south, the Shiites will have an Islamic regime similar to the government in Iran, with whom the Iraqi Shiites will be allied. The Sunnis will be isolated in the middle without any oil.

The US and Britain no longer have any role to play in the Middle East. As the King of Jordan predicted, there is now a Shiite crescent that runs from Iran through Iraq into Lebanon. This Shiite crescent is the most powerful force in the Middle East.

The Iraqi Sunnis can come to terms with Shiite power or be destroyed. The American puppet states of Egypt, Jordan, Saudi Arabia and the oil emirates are faced with the instability that comes from being allied with the "hegemonic" West against their own people. It is up to their own wits whether they can make the transformation. The US has neither the resources, the finances, nor the credibility to intervene.

The Israelis have isolated themselves with their genocidal policies against the Palestinians. Intelligent Israelis are already sending their children out of the country. Israeli peace groups have thrown up their hands in the face of the persistent intransigence of the Israeli government and the disregard of common sense. It remains to be seen if the Israelis can learn to care about anyone but their own kind. Israel can save itself if its political leaders will stop pushing Palestinians off of their own land by destroying their homes and orchards and murdering their children, thus turning more Palestinians into refugees. It would be easy for the economically talented Israelis to pull the Palestinians into prosperity, thereby ending the conflict. Are Israelis capable of the humane leadership required to create a place for themselves in the Middle East or are they forever wed to Mao's dictum that "power comes out of the barrel of a gun"?

Republican rule in the 21st century has devastated American civil liberties and American prestige and leadership capability. Can Democrats restore American liberties and leadership, or will a lust for power corrupt them, too, and cause Democrats to retain the police state powers Bush has created?

If the Bush regime's police state legislation is still law in 2008, the Democrats will have failed.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern